

# Antrag

Antrags Nr.: 3-A 006/23

<b>Einbringer</b>	Fraktion AfD	<b>Datum</b>	09.02.2023
-------------------	--------------	--------------	------------

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Status</b>	<b>Sitzungstermin</b>
Gesundheits- und Sozialausschuss	nicht öffentlich	01.03.2023
Kreisausschuss	nicht öffentlich	13.03.2023
Kreistag	öffentlich	05.04.2023

## Betreff

**Antrag AfD - Die Kapazitätsgrenze ist erreicht - Abschiebeoffensive einfordern und Aufnahmestopp für Nordsachsen aussprechen!**

## Beschlussvorschlag

1. Der Kreistag des Landkreises Nordsachsen beauftragt den Landrat zeitnah gegenüber der Sächsischen Staatsregierung und der Deutschen Bundesregierung die mangelnde Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber des Landkreises Nordsachsen anzumahnen.
2. Der Kreistag des Landkreises Nordsachsen beauftragt den Landrat zeitnah gegenüber der Sächsischen Staatsregierung und der Deutschen Bundesregierung eine Abschiebeoffensive der dafür zuständigen Polizeibehörden einzufordern, um das Abschiebedefizit von abgelehnten Asylbewerbern des Landkreises Nordsachsen im ersten Halbjahr 2023 nahezu vollständig abzubauen.
3. Der Kreistag des Landkreises Nordsachsen spricht sich beim Erreichen der Kapazitätsgrenze der aktuellen Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber im Landkreis Nordsachsen gegenüber der Sächsischen Staatsregierung sowie der Landesdirektion Sachsen für ein Aufnahmestopp aus und fordert keine weiteren Asylbewerber im Landkreis Nordsachsen mehr aufzunehmen, bis das Abschiebedefizit im Landkreis deutlich abgebaut ist. Der Landrat wird beauftragt dies der Sächsischen Staatsregierung sowie der Landesdirektion Sachsen mitzuteilen.

Rico Winterlich  
Fraktionsvorsitzender

## Begründung:

1. Die Zahl von ausreisepflichtigen Asylbewerbern erhöht sich stetig, was ein deutliches Abschiebedefizit darstellt und nur durch eine nationale Kraftanstrengung einer Abschiebeoffensive gelöst werden kann. Weder eine CDU-geführte noch eine SPD-geführte Bundesregierung war und ist Willens sich diesem Problem endlich zu stellen. Auch Sachsen glänzt durch ein CDU-geführtes Innenministerium nicht mit einer überzeugenden Abschiebepaxis. Das Thesenpapier der Freiburger CDU aus 2017 mahnte bereits vor fünf Jahren unter Punkt 2.1 einen „sofortige[n] Aufnahmestopp von Asylbewerbern, bis die derzeitige Probleme gelöst sind“ sowie eine „sofortige und umfängliche Abschiebung aller Ausreisepflichtigen“ an.

2. Mit den aktuellen Entwicklungen wiederholt sich 2015, denn der Zustrom insbesondere von Asylbewerbern aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika nimmt an Fahrt auf. 2015 kann und darf sich nicht wiederholen. Daher braucht es ein klares Zeichen aus dem Kreistag Nordsachsen, welches Recht und Gesetz einfordert. Weder die Landes- noch die Bundesregierung können erwarten, dass beim aktuellen Abschiebedefizit von ausreisepflichtigen Asylbewerbern in unserem Landkreis weitere Plätze zur Verfügung gestellt werden. Neben der Einforderung einer dringend notwendigen Abschiebeoffensive muss Nordsachsen einen Aufnahmestopp verhängen und darf keine weiteren Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber schaffen.

## Anlagenverzeichnis:

Anlage 1 - Antrag Fraktion AfD

Anlage 2 - Stellungnahme der Verwaltung